GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

1961

Ausgegeben, Stuttgart, Mittwoch, 22. Februar 1961

Nr. 3

Tag	Inhalt:	Seite
21. 1. 61	Polzeiverordnung des Innenministeriums über die Lagerung von Ammoniumnitrat und Ammoniumnitrat in Mischungen	15
31. 1. 61	Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ausbildung im Beruf des Gärtners (Ausbildungsordnung für den Gärtner)	17
31. 1. 61	Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ausbildung im Beruf des Winzers (Weingärtners) – Ausbildungsordnung für den Winzer (Weingärtner) –	24
26. 1. 61	Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg über die Aufhebung der „Geh. Hofrat Karl Herrmann-Stiftung“ in Stuttgart	30

Polzeiverordnung des Innenministeriums über die Lagerung von Ammoniumnitrat und Ammoniumnitrat in Mischungen

Vom 21. Januar 1961

Auf Grund des § 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Verkehr mit Sprengstoffen und ihre Lagerung vom 15. Dezember 1952 (Ges.Bl. S. 57) und des § 54 Abs. 1 des Polizeigesetzes vom 21. November 1955 (Ges.Bl. S. 249) wird im Benehmen mit dem Justizministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Arbeitsministerium verordnet:

1. Abschnitt

Geltungsbereich

§ 1

(1) Diese Polzeiverordnung gilt für die Lagerung von Ammoniumnitrat und von Ammoniumnitrat in Mischungen, die nicht mehr als 0,4% verbrennliche Bestandteile enthalten und die gegen mechanische und thermische Beanspruchung sowie gegen Detonationsstoß nicht empfindlicher sind als Ammoniumnitrat.

(2) Die Polzeiverordnung ist nicht anzuwenden auf die Lagerung in Betrieben, in denen die in Abs. 1 genannten Stoffe hergestellt oder zu Sprengmitteln verarbeitet werden, wenn diese Betriebe nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigt sind oder der Aufsicht der Bergbehörden unterliegen.

(3) Die Polzeiverordnung ist ferner nicht anzuwenden auf die Lagerung der in Abs. 1 bezeichneten Stoffe durch die Bun-

deswehr, den Bundesgrenzschutz, die Polizei und die Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs.

2. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 2

(1) Die in § 1 Abs. 1 genannten Stoffe dürfen nicht im Freien gelagert werden.

(2) Der Ort der Lagerung ist gegen den Zutritt Unbefugter zu sichern.

§ 3

Am Ort der Lagerung sind das Rauchen und der Umgang mit Feuer und offenem Licht verboten. Zwingend notwendige Feuerarbeiten (Schneiden, Schweißen und dgl.) dürfen nur unter dauernder verantwortlicher Aufsicht einer sachkundigen Person ausgeführt werden.

§ 4

Verhärtete Massen dürfen nur mechanisch aufgelockert werden. Das für den Ort der Lagerung zuständige Regierungspräsidium kann andere Auflockerungsverfahren zulassen. Das Sprengen mit Sprengstoffen ist in den Lagern verboten.

§ 5

(1) Das Lagergut darf mit hölzernen oder anderen saugfähigen, brennbaren Bauteilen und Einrichtungsgegenständen des Lagerraums nicht in Berührung kommen. Es darf nicht gelagert werden, wenn im Lagerraum oder in einem Umkreis von 10 m um diesen feuergefährliche oder leicht brennbare Stoffe oder Gegenstände untergebracht sind.

(2) Abs. 1 findet auf die Lagerung von Stoffen im Gesamtgewicht von nicht mehr als einer Tonne keine Anwendung.

3. Abschnitt

Besondere Vorschriften für die Lagerung von mehr als zehn Tonnen

§ 6

(1) Wer mehr als zehn Tonnen der in § 1 Abs. 1 genannten Stoffe lagern will, hat dies spätestens zwei Wochen vorher der für den Ort der Lagerung zuständigen Kreispolizeibehörde schriftlich anzuzeigen.

(2) Die Anzeige muß enthalten:

1. Name und Anschrift des Anzeigepflichtigen;
2. Art und Höchstmenge der zu lagernden Stoffe;
3. eine Beschreibung der Bauart und Einrichtung des Lagers mit Grund- und Aufrißzeichnung und einen Lageplan, aus dem die Lage zu Gebäuden und öffentlichen Verkehrswegen im Umkreis von 300 m ersichtlich ist, je in doppelter Fertigung.

(3) Änderungen der angezeigten Verhältnisse sind in gleicher Weise anzuzeigen.

§ 7

Von Gebäuden, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, müssen die Lager mindestens 300 m entfernt sein. Für Gebäude desselben Betriebs gilt dies nur, wenn sie zum Wohnen benutzt werden.

§ 8

(1) Das Lagergut darf nur in geschlossenen Räumen gelagert werden. Die Lagerräume müssen von anderen Räumen desselben Gebäudes feuerbeständig und von unmittelbar angrenzenden anderen Gebäuden durch Brandwände getrennt sein.

(2) Die Bauteile des Lagerraums müssen mindestens feuerhemmend sein.

§ 9

(1) Lagermengen von mehr als 20 Tonnen sind in Teilmengen (Stapel) von höchstens 20 Tonnen zu unterteilen.

(2) Die Stapel müssen voneinander einen Abstand von mindestens 5 m haben. Sind die Stapel durch eine Wand getrennt, so vermindert sich dieser Mindestabstand

1. um die doppelte Dicke der Wand, wenn die Wand mindestens 24 cm dick aus Mauerziegeln oder Wandbausteinen ähnlicher Festigkeit, beide in Zementmörtel, oder aus unbewehrtem Beton hergestellt ist,

2. um die dreifache Dicke der Wand, wenn die Wand mindestens 15 cm dick aus Stahlbeton hergestellt ist.

Sind die Stapel durch zwei Wände getrennt, die einschließlich der Wanddicken einen Abstand von mindestens 2,50 m haben, und ist der Raum zwischen den Wänden mit nicht brennbaren Stoffen voll ausgefüllt, so tritt dieser Abstand an die Stelle des Abstandes nach Satz 1; er vermindert sich außerdem entsprechend Satz 2, wenn die Wände den dort genannten Voraussetzungen entsprechen.

(3) Wenn die Wände (Abs. 2) nicht bis zur Decke reichen, darf nur bis zu einer Höhe gestapelt werden, die 1 m weniger als die Höhe der Wände beträgt.

(4) Räume, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, dürfen sich im Lagergebäude nicht befinden. In mehrgeschossigen Gebäuden darf das Lagergut nur in einem Stockwerk gelagert werden.

§ 10

In den Lagern ist ein Abdruck dieser Verordnung deutlich sichtbar auszuhängen. Auf die Verbote des § 3 Satz 1, des § 4 und des § 5 Abs. 1 Satz 2 ist außerdem an jedem Zugang eines Lagerraums durch deutlich sichtbaren Anschlag hinzuweisen.

4. Abschnitt

Ausnahmen für besondere Mischungen

§ 11

(1) Die Vorschriften des § 2 Abs. 1, des § 5 Abs. 1 und des 3. Abschnittes sind unter der Voraussetzung, daß

- a) die Bestandteile der Mischungen fein verteilt und untereinander innig vermischt sind,
- b) mit Eisen- und Aluminiumsulfat oder mit einem dieser Stoffe versetzte Mischungen nicht mehr als insgesamt 2% dieser Sulfate enthalten und
- c) die in den folgenden Nrn. 1 bis 4 genannten Mischungen außer dem in ihren Salzen gebundenen Wasserstoff nicht mehr als 0,4% verbrennliche Bestandteile enthalten, auf folgende Mischungen nicht anzuwenden:

1. Mischungen von Ammoniumnitrat mit Ammoniumsulfat und Ammoniumphosphat oder mit einem dieser Stoffe, die nicht mehr als 42% Ammoniumnitrat enthalten;
2. Mischungen von Ammoniumnitrat mit Ammoniumsulfat und Ammoniumphosphat oder mit einem dieser Stoffe, die nicht mehr als 45% Ammoniumnitrat und mindestens 3% inerte Bestandteile enthalten;
3. Mischungen aus Ammoniumnitrat und inerten Bestandteilen mit höchstens 65% Ammoniumnitrat;

4. Mischungen aus den Mischungen Nr. 1 und 3, die höchstens 53% Ammoniumnitrat und mindestens drei Fünftel des jeweiligen Ammoniumnitratgehaltes an inerten Bestandteilen enthalten;
5. andere als die in den Nrn. 1 bis 4 genannten Mischungen, wenn diese sich nach dem Gutachten der Bundesanstalt für Materialprüfung in ihren Eigenschaften nicht gefährlicher erweisen als die unter den Nrn. 1 bis 4 genannten Mischungen mit entsprechender Zusammensetzung.

(2) Inerte Bestandteile sind folgende Stoffe:

Chloride, Carbonate, Phosphate, Sulfate und Silikate der Alkalien, Erdalkalien und des Magnesiums, auch als Kali- und Phosphatdüngemittel sowie als feingemahlener Kalkstein oder feingemahlener Dolomit, ferner feingemahlene Kieselerde (Kieselsäure). Inerte Bestandteile sind außerdem alle nicht verbrennlichen und nicht oxydierenden Stoffe, die nach Prüfung durch die Bundesanstalt für Materialprüfung vom Innenministerium anerkannt und im Staatsanzeiger bekanntgemacht sind. Die von der zuständigen Behörde eines anderen Bundeslandes erteilte Anerkennung gilt auch in Baden-Württemberg.

(3) Ammoniumsalze sind nicht inerte Bestandteile im Sinne dieser Vorschrift.

5. Abschnitt

Schlußvorschriften

§ 12

(1) Die für den Lagerort zuständige Kreispolizeibehörde ist befugt, aus polizeilichen Gründen im Einzelfall weitergehende Anordnungen zu treffen.

(2) Die Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbehörden bleiben unberührt.

§ 13

Das Regierungspräsidium kann im Einzelfall Ausnahmen von den Vorschriften dieser Polizeiverordnung bewilligen, soweit nicht polizeiliche Bedenken bestehen.

§ 14

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden nach § 367 Abs. 1 Nr. 5 des Strafgesetzbuches bestraft.

§ 15

Diese Polizeiverordnung tritt am 15. Februar 1961 in Kraft.
Stuttgart, den 21. Januar 1961

In Vertretung
Dr. Fetzer

Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ausbildung im Beruf des Gärtners (Ausbildungsordnung für den Gärtner)

Vom 31. Januar 1961

Auf Grund § 2 Abs. 1, § 4 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4, § 6 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 16 Abs. 2 und 3, § 19 Abs. 2, § 21 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2, § 22 Abs. 2 und § 27 Abs. 2 des Gesetzes über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft vom 30. Juli 1959 (Ges. Bl. S. 89) wird verordnet:

§ 1

Anerkennung als Lehrberuf

(1) Der Beruf des Gärtners wird mit dem in der Anlage beigefügten Berufsbild als Lehrberuf anerkannt. Er umfaßt die Berufszweige:

- a) Blumen- und Zierpflanzenbau,
- b) Gemüsebau,
- c) Obstbau,
- d) Baumschulen,
- e) Gärtnerischer Samenbau,
- f) Landschaftsgärtnerei,
- g) Friedhofsgärtnerei.

(2) Obstbau in einem landwirtschaftlichen Betrieb gilt als gärtnerisch im Sinne dieser Verordnung. Ein gärtnerischer Betriebsteil in einem landwirtschaftlichen Betrieb gilt als gärtnerischer Betrieb im Sinne dieser Verordnung.

(3) Im Beruf des Gärtners kann die Meisterprüfung abgelegt werden.

§ 2

Anleitungsbefugnis auf Grund anderer Prüfungen

Das Erfordernis der Ablegung der Meisterprüfung nach § 4 Abs. 1, Satz 1 des Gesetzes gilt hinsichtlich der Anleitungsbefugnis im Beruf des Gärtners nicht für Diplomgärtner, Gartenbauingenieure, staatlich diplomierte Gartenbauinspektoren und staatlich geprüfte Gartenbautechniker, sofern sie nach Ablegung der Diplom- oder Abschlußprüfung einen gärtnerischen Betrieb zwei Jahre selbständig geführt haben.

§ 3

Anerkennung von Lehrbetrieben

(1) Auf Antrag kann ein gärtnerischer Betrieb auf die Dauer oder befristet als gärtnerischer Lehrbetrieb anerkannt werden. Die Anerkennung ist ausgeschlossen, wenn der Antragsteller Lehrlinge entweder nicht halten darf oder nicht anleiten darf und auch keinen anleitungsbefugten Vertreter bestellt hat.

(2) Die Anerkennung als Gärtnerischer Lehrbetrieb setzt unbeschadet des Abs. 3 voraus, daß der Betrieb

- a) Erwerbsbetrieb ist oder weitgehend einem erwerbsmäßig geführten Betrieb entspricht,
- b) in seinen Kulturen bzw. seinen Dienst- und Werkleistungen genügend vielseitig ist,
- c) in seinen Einrichtungen den Unfallverhütungsvorschriften entspricht,
- d) geordnete Sozial-, Arbeits- und Arbeitszeitverhältnisse aufweist sowie gegebenenfalls eine den zeitgemäßen Anforderungen entsprechende Lehrlingsunterbringung ermöglicht und
- e) nach seiner Art, seinen Einrichtungen und seiner Wirtschaftsweise neuzeitlichen fachlichen Anforderungen entspricht.

(3) Im besonderen werden bei den einzelnen Berufszweigen folgende Anforderungen an den Betrieb gestellt:

- a) Betriebe des Blumen- und Zierpflanzenbaues und des Gemüsebaues müssen neben Freilandflächen über ausreichende und – abgesehen von Staudenbetrieben – mindestens teilweise heizbare Unterglasflächen verfügen;
- b) Betriebe des Obstbaues müssen über ausreichende obstbaulich genutzte Flächen verfügen, dabei angemessen vielseitig und intensiv sein und mehrere Obstarten in verschiedenen Altersstufen aufweisen;
- c) Baumschulen müssen Gehölzanzuchten in ausreichendem Sortiment aufweisen und die vom Berufsverband für die Anerkennung von Qualitätsbaumschulen geforderten Voraussetzungen erfüllen;
- d) Betriebe des gärtnerischen Samenbaus müssen eine ordnungsgemäße Zuchtarbeit in fachlicher und technischer Hinsicht gewährleisten und eine genügende Vielseitigkeit aufweisen;
- e) Landschaftsgärtnereien müssen über einen Anzuchtbetrieb für bei der Gartenausführung gebräuchliche Pflanzen verfügen sowie technisch ausreichend für Anlage- und Pflegearbeiten ausgestattet sein;
- f) Friedhofsgärtnereien müssen über einen mit genügend Unterglasflächen ausgestatteten Anzuchtbetrieb für zur Grabbepflanzung gebräuchliche Pflanzen verfügen.

(4) Vor der Anerkennung als Gärtnerischer Lehrbetrieb wird der Betrieb von einem Gutachterausschuß besichtigt. Der Gutachterausschuß besteht aus dem Beauftragten des Regierungspräsidiums als Vorsitzendem und zwei vom Regierungspräsidium berufenen Personen, die die Meisterprüfung

als Gärtner abgelegt haben oder im Beruf des Gärtners nach § 2 anleitungsbefugt sind. Vorschlagsberechtigt für die Besitzer sind der maßgebliche Berufsverband und die maßgebliche Gewerkschaft.

§ 4

Lehrzeit

(1) Die Lehrzeit soll zusammenhängend in einem Betrieb abgeleistet werden.

(2) Die Lehrzeit wird auf zwei Jahre herabgesetzt für Personen, die bei Eintritt in die Lehre das 18. Lebensjahr vollendet haben oder den zehnjährigen erfolgreichen Besuch einer weiterführenden Schule nachweisen.

(3) Der Lehrvertrag muß auf eine Mindestdauer von einem Jahr abgeschlossen werden.

§ 5

Anrechnung anderer Tätigkeiten auf die Lehrzeit

(1) Der Besuch einer Gartenbau- oder Obstbauschule, bei der die praktische Tätigkeit ein wesentlicher Teil des Ausbildungsganges ist, oder einer entsprechenden Berufsfachschule wird zur Hälfte auf die Lehrzeit angerechnet.

(2) Eine in den Berufen des Landwirts, des Winzers oder des Blumenbinders zurückgelegte Lehrzeit wird, soweit sie ein Jahr übersteigt, zur Hälfte auf die Lehrzeit angerechnet, bei einer Lehrzeitdauer von zwei Jahren jedoch höchstens mit einem Jahr.

§ 6

Ausbildung des Lehrlings

(1) Grundlage der Berufsausbildung bildet das Berufsbild (§ 1 Abs. 1). Die dort aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sollen dem Lehrling während der Lehrzeit vermittelt werden.

(2) Der Lehrling hat

- a) die vom Regierungspräsidium im Benehmen mit der Berufsschule und dem maßgeblichen Berufsverband veranstalteten Sonderlehrgänge zu besuchen,
- b) das Tagebuch zu führen.

§ 7

Anmeldung zur Gehilfenprüfung

(1) Der Lehrherr oder der Erziehungsberechtigte hat den Lehrling vor Beendigung der Lehrzeit bei dem für den Sitz des Lehrbetriebs örtlich zuständigen Regierungspräsidium unter Benutzung des dafür vorgesehenen Formblatts zur Gärtnergehilfenprüfung anzumelden. Die Anmeldung hat für

die Frühjahrsprüfung bis 15. Januar und für die Herbstprüfung bis 15. Juli zu erfolgen.

(2) Der Anmeldung sind beizufügen

- a) ein selbstverfaßter, handgeschriebener Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschriften der Abgangszeugnisse der allgemeinbildenden Schule und der Berufsschule,
- c) die vom Lehrherrn unterschriebenen Tagebücher und
- d) eine selbstgefertigte Betriebsbeschreibung mit einer einfachen Grundrißzeichnung des Lehrbetriebes.

§ 8

Prüfungsausschuß für die Gehilfenprüfung

(1) Dem Prüfungsausschuß für die Gehilfenprüfung gehören an:

- a) der Beauftragte der Prüfungsbehörde als Vorsitzender,
- b) ein vom Oberschulamts im Benehmen mit dem maßgeblichen Berufsverband benannter Lehrer an einer gärtnerischen Berufsschulklasse,
- c) zwei bis vier Personen, die die Meisterprüfung als Gärtner abgelegt haben, oder nach § 2 anleitungsbefugt sind und
- d) ein Gärtnergehilfe.

(2) Die erforderliche Anzahl von Prüfern nach Abs. 1 Buchstabe c und d wird auf Vorschlag des maßgeblichen Berufsverbandes von der Prüfungsbehörde auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Berufung kann nach Anhörung des Berufsverbandes aus wichtigem Grund zurückgenommen werden.

(3) Die zu Abs. 1 Buchst. c und d berufenen Prüfer werden in je eine Prüferliste aufgenommen, aus der die Prüfungsbehörde die Ausschußmitglieder für die einzelne Prüfung bestimmt. Die Prüfer sollen möglichst gleichmäßig zu den Prüfungen herangezogen werden.

(4) Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ausgeschlossen, wer mit dem Prüfling in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt ist. Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ferner ein Ausschußmitglied ausgeschlossen, bei dem der Prüfling einen Teil seiner Lehrzeit abgeleistet hat.

(5) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder, von denen mindestens eines anleitungsbefugt sein muß, anwesend sind. Der Ausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit; bei Stim-

mengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 9

Durchführung der Gehilfenprüfung

(1) Die Gehilfenprüfung gliedert sich in einen schriftlichen, einen praktischen und einen mündlichen Teil und erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

- a) praktisches Können,
- b) fachliches Wissen,
- c) staatsbürgerliches und berufsständisches Wissen,
- d) Führung der Tagebücher und Fertigung der Betriebsbeschreibung.

(2) Die Prüfung darf nicht in einem Betrieb abgenommen werden, in dem der Lehrling einen Teil seiner Lehrzeit abgeleistet hat.

(3) Der Vorsitzende leitet die Prüfung. Er verteilt die Geschäfte unter die Mitglieder des Prüfungsausschusses und achtet darauf, daß die Prüflinge in geeigneter Weise geprüft werden. Vor Beginn der Prüfung sind die Prüflinge über die Folgen von Verstößen gegen die Prüfungsordnung nach § 10 Abs. 2 zu belehren. Die Prüfung ist nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(4) Ist ein Prüfling infolge einer dauernden Körperbehinderung nicht in der Lage, einzelne praktische Prüfungsaufgaben zu erledigen, so sind ihm andere gleichwertige Aufgaben zuzuweisen.

(5) Über den Hergang der Prüfung ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der insbesondere die Besetzung des Prüfungsausschusses, die Namen der Prüflinge, die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten, die Gesamtnoten sowie die Schlußentscheidungen des Prüfungsausschusses festgehalten werden. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und von mindestens zwei weiteren Mitgliedern zu unterschreiben.

§ 10

Rücktritt und Ausschluß von der Prüfung

(1) Tritt ein Prüfling nach seiner Zulassung ohne Genehmigung der Prüfungsbehörde von der Prüfung zurück, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Die Genehmigung zum Rücktritt wird erteilt, wenn wichtige Gründe vorliegen, insbesondere, wenn der Prüfling durch Krankheit an der Ablegung der Prüfung verhindert ist. In diesem Falle kann die Prü-

fungsbehörde den Prüfling von der Wiederholung eines bereits abgelegten Prüfungsteils befreien.

(2) Prüflinge, die eine auf Täuschung berechnete Handlung begehen oder eine Erklärung bewußt unrichtig abgeben, können von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden. Das gleiche gilt, wenn sich ein Prüfling eines grob ungebührlichen Verhaltens schuldig macht. Über den Ausschluß ist unverzüglich eine Entscheidung des Prüfungsausschusses herbeizuführen. Im Falle des Ausschlusses von der Prüfung gilt diese als nicht bestanden.

§ 11

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Leistungen des Prüflings in den einzelnen Prüfungsgebieten sind in der nachstehenden Abstufung zu bewerten:

- Sehr gut = 1 (eine überragende, vorzügliche Leistung)
 Gut = 2 (eine überdurchschnittliche Leistung)
 Befriedigend = 3 (eine tüchtige Leistung des guten Durchschnitts)
 Ausreichend = 4 (eine im ganzen den Anforderungen entsprechende Leistung)
 Mangelhaft = 5 (eine mit gröberen Fehlern behaftete und nicht mehr ausreichende Leistung)
 Ungenügend = 6 (eine völlig unbrauchbare Leistung).

(2) Bei der Ermittlung der Noten für die Prüfungsgebiete nach § 9 Abs. 1 Buchst. b und c ist das Abschlußzeugnis der Berufsschule angemessen zu berücksichtigen.

(3) Die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten werden mit folgenden Bewertungszahlen vervielfältigt:

a) praktisches Können	4-fach
b) fachliches Wissen	3-fach
c) staatsbürgerliches und berufsständisches Wissen	2-fach
d) Führung der Tagebücher und Fertigung der Betriebsbeschreibung	1-fach.

Die Ergebnisse werden zusammengezählt und durch zehn geteilt. Die auf Grund der so ermittelten Zahl unter Anwendung des nachstehenden Schlüssels gebildete Gesamtnote ist die Prüfungsnote:

1,0 – 1,69 = sehr gut	2,50 – 3,29 = befriedigend
1,70 – 2,49 = gut	3,30 – 4,0 = ausreichend.

(4) Die Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsnote mindestens ausreichend ist und die Leistungen in keinem Prüfungsgebiet ungenügend und in höchstens einem Prüfungsgebiet mangelhaft sind.

§ 12

Prüfungszeugnis, Gehilfenbrief

(1) Mit dem Bestehen der Gehilfenprüfung erwirbt der Prüfling das Recht, die Berufsbezeichnung „Gärtnergehilfe“ und im Berufszweig Obstbau die Berufsbezeichnung „Obstbaugehilfe“ zu führen.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis über die Gesamtnote und über die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten. Das Zeugnis soll von allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet sein.

(3) Auf Grund des Zeugnisses über die bestandene Gehilfenprüfung wird der Gehilfenbrief verliehen.

§ 13

Wiederholung der Prüfung

Prüflinge, die nicht bestanden haben, können die Prüfung frühestens nach einem halben Jahr praktischer Tätigkeit im Gartenbau einmal wiederholen. In besonderen Härtefällen kann eine zweite Wiederholung der nicht bestandenen Prüfung von der Prüfungsbehörde gestattet werden, wenn der Prüfungsausschuß der letzten Prüfung dies befürwortet.

§ 14

Fortbildung der Gehilfen

(1) Während der fünfjährigen überwiegend praktischen Tätigkeit im Gartenbau nach § 21 Abs. 1 Buchst. a des Gesetzes (Gehilfenzeit) soll der Gehilfe die verschiedenen Fortbildungsmöglichkeiten ausnutzen, den einjährigen Lehrgang einer gärtnerischen Fachschule besuchen oder an berufsfördernden Lehrgängen teilnehmen.

(2) Sofern der Gehilfe nicht einen mindestens gleichwertigen Lehrgang einer gärtnerischen Fachschule besucht hat, hat er an dem Meistervorbereitungslehrgang teilzunehmen, der sich auf höchstens vier Wochen erstreckt.

(3) Sofern der Gehilfe seine Lehrzeit ausschließlich im elterlichen Lehrbetrieb verbracht hat, hat er während der Gehilfenzeit eine mindestens einjährige praktische Tätigkeit in einem fremden Betrieb abzuleisten.

(4) Der Besuch gärtnerischer Fachschulen und Fakultäten an Hochschulen wird bis zu drei Jahren auf die Gehilfenzeit angerechnet.

(5) Im Berufszweig Obstbau wird die mit mindestens der Gesamtnote gut bestandene staatliche Baumwartprüfung der Gehilfenprüfung gleichgestellt, wenn ein mindestens halb-

jähriger Lehrgang an einer entsprechenden Fachschule besucht und die praktische Tätigkeit nach der Baumwartprüfung zum überwiegenden Teil in Betrieben des Obstbaues abgeleistet worden ist.

§ 15

Anmeldung zur Meisterprüfung

(1) Der Gehilfe hat sich bei dem für seinen Beschäftigungs-ort zuständigen Regierungspräsidium unter Benutzung des dafür vorgesehenen Formblatts zur Gärtnermeisterprüfung anzumelden. Die Termine für die Meisterprüfungen und für die Anmeldungen hierzu werden von der Prüfungsbehörde durch Bekanntmachung in der Fachpresse ausgeschrieben.

(2) Der Anmeldung sind beizufügen

- a) ein selbstverfaßter, handgeschriebener Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschriften der Zeugnisse über die Gehilfenprüfung, über einen etwaigen Fachschul- oder Hochschulbesuch sowie über die praktische Tätigkeit nach der Gehilfenprüfung,
- c) Bescheinigungen über die Teilnahme an berufsfördernden Lehrgängen und
- d) ein polizeiliches Führungszeugnis neueren Datums.

§ 16

Prüfungsausschuß für die Meisterprüfung

(1) Dem Prüfungsausschuß für die Meisterprüfung gehören an:

- a) der Beauftragte der Prüfungsbehörde als Vorsitzender,
- b) ein bis zwei Fachlehrer des Gartenbaus,
- c) drei bis sechs Personen, die die Meisterprüfung als Gärtner abgelegt haben, oder nach § 2 anleitungsbefugt sind und
- d) bis zu drei weitere Personen mit Spezialkenntnissen nach Erfordernis der verschiedenen Prüfungsgebiete.

(2) Die erforderliche Anzahl von Prüfern nach Abs. 1 Buchst. c wird auf Vorschlag des maßgeblichen Berufsverbandes von der Prüfungsbehörde auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Berufung kann nach Anhörung des Berufsverbandes aus wichtigem Grund zurückgenommen werden. Die Prüfer nach Abs. 1 Buchst. b und d werden von der Prüfungsbehörde nach Bedarf berufen.

(3) Die zu Abs. 1 Buchst. c berufenen Prüfer werden in eine Prüferliste aufgenommen, aus der die Prüfungsbehörde die Ausschußmitglieder für die einzelne Prüfung bestimmt. Die Prüfer sollen möglichst gleichmäßig zu den Prüfungen herangezogen werden.

(4) Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ausgeschlossen, wer mit dem Prüfling in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt ist. Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ferner ein Ausschußmitglied ausgeschlossen, bei dem der Prüfling in einem Arbeitsverhältnis steht.

(5) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende und drei weitere Mitglieder anwesend sind. Der Ausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 17

Meisteraufgabe

(1) In dem in der Anmeldung angegebenen Berufszweig stellt die Prüfungsbehörde dem Prüfling eine seinem bisherigen Wirkungskreis angepaßte schriftliche Meisteraufgabe.

(2) Der Prüfling hat die Meisteraufgabe binnen acht Wochen nach Zustellung des Themas der Prüfungsbehörde einzureichen. Geht die Meisteraufgabe nicht rechtzeitig ein, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Die Prüfungsbehörde erteilt Fristverlängerung, wenn wichtige Gründe vorliegen, insbesondere wenn der Prüfling durch Krankheit an der rechtzeitigen Einreichung der Meisteraufgabe verhindert war.

(3) Die Meisteraufgabe hat der Prüfling selbständig und ohne fremde Hilfe anzufertigen. Hierüber hat er bei der Einreichung der Meisteraufgabe eine Erklärung abzugeben.

(4) In bestimmten Berufszweigen kann statt der schriftlichen eine praktische Meisteraufgabe gestellt werden. Die Ausführung der Meisteraufgabe hat der Prüfling innerhalb einer von der Prüfungsbehörde bestimmten, der Aufgabe angemessenen Frist vorzuweisen. Zur Ausführung der Meisteraufgabe kann der Prüfling Hilfskräfte heranziehen. Hierüber hat er bei der Vorweisung der Meisteraufgabe eine Erklärung abzugeben. Im übrigen gilt Abs. 2 Satz 2 und 3 entsprechend.

§ 18

*Durchführung der Meisterprüfung,
Rücktritt und Ausschluß von der Prüfung*

(1) Die Meisterprüfung gliedert sich in einen schriftlichen, einen praktischen und einen mündlichen Teil und erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

- a) praktisches und betriebswirtschaftliches Können mit Lehrlingsanleitung,
- b) fachliches Wissen,

- c) Geschäfts- und Rechtskunde,
- d) staatsbürgerliches, sozialkundliches, berufserzieherisches und berufsständisches Wissen,
- e) Meisteraufgabe.

(2) Der praktische Teil der Prüfung darf nicht in einem Betrieb abgenommen werden, in dem der Prüfling tätig ist oder war.

(3) Prüflinge, die die Meisterprüfung in einem anderen landwirtschaftlichen Lehrberuf bestanden haben, können auf Antrag von gleichgearteten Prüfungsgebieten befreit werden. Für die Prüfungsgebiete werden die Noten der bestandenen Prüfung übernommen. Entsprechendes gilt für Prüflinge, die die Abschlußprüfung einer Hochschule (Fakultät Gartenbau) oder einer höheren Lehranstalt für Gartenbau abgelegt haben.

(4) § 9 Abs. 3 bis 5 und § 10 sind anzuwenden.

§ 19

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Bei der Ermittlung der Noten für die in § 18 Abs. 1 Buchst. b und c aufgeführten Prüfungsgebiete ist das Abschlußzeugnis einer gärtnerischen Fachschule angemessen zu berücksichtigen.

(2) Die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten werden mit folgenden Bewertungszahlen vervielfältigt:

a) praktisches und betriebswirtschaftliches Können mit Lehrlingsanleitung	3-fach
b) fachliches Wissen	3-fach
c) Geschäfts- und Rechtskunde	1-fach
d) staatsbürgerliches, sozialkundliches, berufserzieherisches und berufsständisches Wissen	2-fach
e) Meisteraufgabe	1-fach.

(3) § 11 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 und 3 und Abs. 4 sind anzuwenden.

§ 20

Prüfungszeugnis, Meisterbrief

(1) Mit dem Bestehen der Meisterprüfung erwirbt der Prüfling das Recht, die Berufsbezeichnung „Gärtnermeister“ und im Berufszweig Obstbau die Berufsbezeichnung „Obstbau-meister“ zu führen.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis über die Gesamtnote und über die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten. Das Zeugnis soll von allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet sein.

(3) Auf Grund des Zeugnisses über die bestandene Meisterprüfung wird der Meisterbrief verliehen.

§ 21

Wiederholung der Prüfung

Prüflinge, die nicht bestanden haben, können die Meisterprüfung frühestens nach einem Jahr einmal wiederholen. Die Wiederholung der Meisteraufgabe kann ihnen von der Prüfungsbehörde erlassen werden, sofern diese Aufgabe wenigstens mit der Note ausreichend bewertet worden war.

§ 22

Zusammenfassung von Zuständigkeiten

Die Aufgaben der Regierungspräsidien nach § 22 Abs. 1 des Gesetzes werden zusammengefaßt

- a) für die Regierungsbezirke Nordbaden und Südbaden beim Regierungspräsidium Nordbaden; ausgenommen sind jedoch die Aufgaben auf den Gebieten des § 1 Abs. 1 Buchst. a bis c;
- b) für die Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern beim Regierungspräsidium Nordwürttemberg.

§ 23

Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am 1. März 1961 in Kraft.

Stuttgart, den 31. Januar 1961

Leibfried

Anlage zu § 1 Absatz 1

Berufsbild für den Beruf Gärtner

Berufszweige

1. Blumen- und Zierpflanzenbau
2. Gemüsebau
3. Obstbau
4. Baumschulen
5. Gärtnerischer Samenbau
6. Landschaftsgärtnerei
7. Friedhofsgärtnerei.

A. Allgemeine Fertigkeiten und Grundkenntnisse, die in der Lehrzeit zu vermitteln sind:

Natürliche Standortverhältnisse (Klima, Lage, Boden) und deren Eignung für die verschiedenen gärtnerischen Kulturpflanzen. Bau und Leben der Pflanze. Bodenpflege

und -bearbeitung. Pflanzenernährung (Wirtschafts- und Handelsdünger). Pflanzenschutz insbesondere Krankheiten und Schädlinge und deren Bekämpfung.

Bedienung und Wartung der gebräuchlichen Maschinen, Geräte und sonstigen technischen Anlagen. Umgang mit Betriebsmitteln. Einfache handwerkliche Arbeiten. Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften.

Ernten und Aufbereiten der Erzeugnisse, Sortierung, Verpackung, Lagerung und Transport.

B. Besondere Fertigkeiten und Kenntnisse, die in der Lehrzeit je nach Berufszweig zu vermitteln sind:

1. Blumen- und Zierpflanzenbau

mit Teilgebieten: Markt- und Gruppenpflanzen, Sonderkulturen (z. B. Azaleen, Grünpflanzen), Jungpflanzenanzucht, Blumen- und Zwiebeltreiberei, Schnittblumen, Stauden.

Anzucht unter Glas und im Freiland.

Pflanzen-, Sorten- und Samenkenntnisse. Botanische Namen.

Aussäen in Gefäße, Kasten und Freiland von Hand und mit Maschinen. Gewinnen, Schneiden, Stecken und Behandeln von Stecklingen. Übrige Vermehrungsarten (Teilen, Veredeln u. a.). Pikieren, Ein- und Umtopfen, Auspflanzen, Pflegemaßnahmen (Gießen, Düngen, Lüften, Schattieren u. a.). Treibereiverfahren.

Gewinnung, Aufbereitung und Behandlung gärtnerischer Erden. Dämpfen und Entseuchen von Erden und Böden. Umgang mit Heizungs-, Bewässerungs- und Beregnungsanlagen. Einfache Glaserarbeiten. Zusätzliche Belichtung und Verdunkelung.

Zusätzlich für Staudenkulturen:

Staudenpflanzung, Anordnung bezüglich Blütezeit, Farbe und Form der Stauden. Wert und Verhalten von Arten und Sorten. Wildformen und Kulturformen. Staudenüberwinterung.

2. Gemüsebau

Anbau unter Glas und im Freiland.

Sorten- und Samenkenntnisse.

Aussäen in Gefäße, Kasten und Freiland von Hand und mit Maschinen. Pikieren, Ein- und Umtopfen, Auspflanzen. Herstellen von Erdtöpfen. Pflegemaß-

nahmen (Gießen, Düngen, Lüften, Schattieren u. a.). Treibereiverfahren.

Gewinnung, Aufbereitung und Behandlung gärtnerischer Erden. Dämpfen und Entseuchen von Erden und Böden. Umgang mit Heizungs-, Bewässerungs- und Beregnungsanlagen. Einfache Glaserarbeiten. Zusätzliche Belichtung.

Kenntnis der Handelsklassenverordnung.

3. Obstbau

Anbau- und Baumformen, Pflanz- und Erziehungsmethoden. Unterlagen (Unterlagen-Sortenkombinationen und deren Wuchseigenschaften). Sortenkenntnis bei Kern-, Stein-, Beeren- und Schalenobst.

Vorbereitung der Pflanzflächen, Pflanzung.

Schnittmaßnahmen (Erziehungs-, Überwachungs-, Auslichtungs- und Verjüngungsschnitt, Schnitthilfen, Umveredeln).

Frostschadenverhütung. Spritzfolgen. Bienenschutz. Umgang mit Beregnungsanlagen und Sortiermaschinen. Kühl- und Gaslagerung.

Kenntnis der Handelsklassenverordnung.

4. Baumschulen

Gehölzkenntnisse nach Arten, Sorten und Eigenschaften. Botanische Namen. Erhaltungszüchtung (Selektion).

Anzucht von Obst- und Ziergehölzen:

a) generative Vermehrung (Saatgutgewinnung, Saatgutbehandlung, Vorbereitung zur Aussaat, Aussaat, besondere Maßnahmen bei der Aussaat einzelner Gehölzarten);

b) vegetative Vermehrung (Vermehrung durch Teilung, Absenken, Abreißen, Winter- und Sommerstecklinge, Steckhölzer, Wurzelstücke, besondere Vermehrungsmethoden). Veredeln (Okulieren, Kopulieren, Geißfußpfropfen, Pfropfen hinter die Rinde, Anplattieren, Einspitzen, besondere Veredlungsmethoden);

c) Weiterkultur der Gehölze bis zum Verkauf (Abwerfen, Aufheften, Aufschneiden, Rückschnitt, Auslichten, Formieren).

Roden und Einschlagen der Gehölze, Überwinterungsmaßnahmen.

Umgang mit Spezialmaschinen und -geräten.

5. *Gärtnerischer Samenbau*

Grundlagen des Blumen- und Zierpflanzenbaus und des Gemüsebaus.

Besondere Anbaumethoden und Pflegemaßnahmen. Behandlung von Mutterpflanzen und Samenträgern Pflanzenauslese. Aufbau der Zuchtstufen. Vererbungsvorgänge. Künstliche Bestäubung. Sicherungsvorkehrungen für die Samenträger.

Ernten, Behandeln, Lagern, Eintüten und Versand von Saatgut. Beurteilen, Katalogisieren. Feststellen von Reinheit und Keimfähigkeit des Saatgutes.

Umgang mit Reinigungs-, Aufbereitungs- und sonstigen Spezialmaschinen.

Kenntnis der wichtigsten Vorschriften des Saatgesetzes.

6. *Landschaftsgärtnerei*

Arbeitsgebiete: Pflanzenanzucht
Neuanlagen
Pfleßmaßnahmen.

Kenntnisse der Arten, Sorten und Eigenschaften sowie der Anzuchtverfahren bei Ziergehölzen, Stauden und Einjahresblumen. Botanische Namen.

Lesen von Plänen, Anfertigen einfacher Planskizzen, einfaches Vermessen und Abstecken im Gelände. Planierung, Anlegen von Böschungen, Wegen und Rasenflächen. Ausführung von Gartenmauerwerk aus Natursteinen und aus anderen Baustoffen. Legen von Natur- und Kunststeinplatten. Pflanzung von Gehölzen, Stauden und Einjahresblumen.

Pfleßmaßnahmen in den verschiedenen Arten von Garten- und Grünanlagen. Winterschutzmaßnahmen. Behandlung der Pflanzen am endgültigen Standort. Umgang mit Spezialmaschinen und -geräten.

7. *Friedhofsgärtnerei*

Arbeitsgebiete: Pflanzenanzucht
Grabanlage
Grabpflege
Dekoration.

Kenntnisse der Arten, Sorten und Eigenschaften sowie der Anzuchtverfahren bei den zur Grabbepflanzung gebräuchlichen Pflanzen. Botanische Namen.

Zweck und wichtige Vorschriften der Friedhofsordnung. Lesen von Plänen, Anfertigen einfacher Planskizzen für Gräber. Vorläufige und endgültige Anlage

der verschiedenen Arten von Grabstätten einschließlich der Einfassungen. Bepflanzung im jahreszeitlichen Wechsel.

Grabpflege einschließlich Winterschutzmaßnahmen und Gehölzschnitt.

Dekoration bei Bestattungen und Trauerfeiern.

Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ausbildung im Beruf des Winzers (Weingärtners) - Ausbildungsordnung für den Winzer (Weingärtner) -

Vom 31. Januar 1961

Auf Grund § 2 Abs. 1, § 4 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4, § 6 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 16 Abs. 2 und 3, § 19 Abs. 2, § 21 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2, § 22 Abs. 2 und § 27 Abs. 2 des Gesetzes über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft vom 30. Juli 1959 (Ges. Bl. S. 89) wird verordnet:

§ 1

*Anerkennung als Lehrberuf,
Anleitungsbefugnis auf Grund anderer Prüfungen*

(1) Der Beruf des Winzers (Weingärtners) wird mit dem in der Anlage beigefügten Berufsbild als Lehrberuf anerkannt.

(2) Im Beruf des Winzers kann die Meisterprüfung abgelegt werden.

(3) Das Erfordernis der Ablegung der Meisterprüfung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes gilt hinsichtlich der Anleitungsbefugnis im Beruf des Winzers nicht für Diplomlandwirte mit einer theoretischen oder praktischen Prüfung im Weinbau, Absolventen höherer Lehranstalten für Weinbau und staatlich geprüfte Weinbauern, sofern sie nach Ablegung der Diplom- oder Abschlußprüfung einen Weinbaubetrieb oder einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Weinbau zwei Jahre selbständig geführt haben.

§ 2

Verleihung der Anleitungsbefugnis

(1) Auf Antrag kann die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen im Beruf des Winzers auf die Dauer oder befristet verliehen werden. Die Verleihung ist ausgeschlossen, wenn Gründe vorliegen, die den Entzug der Anleitungsbefugnis nach § 5 Abs. 1 oder 2 des Gesetzes rechtfertigen würden.

(2) Die Anleitungsbefugnis kann unbeschadet des Abs. 3 verliehen werden, wenn der Antragsteller

- a) einen Betrieb führt oder in einem Betrieb tätig ist, der als Lehrbetrieb für Weinbau anerkannt ist oder gleichzeitig mit der Verleihung der Anleitungsbefugnis anerkannt wird,
- b) bei Inkrafttreten dieser Verordnung oder, wenn er später ständigen Aufenthalt in Baden-Württemberg nimmt, im Zeitpunkt des Zuzugs das 45. Lebensjahr vollendet hat,
- c) das 65. Lebensjahr noch nicht überschritten hat,
- d) einen Weinbaubetrieb oder einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Weinbau mindestens zehn Jahre selbständig geführt hat und
- e) auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit befähigt erscheint, Lehrlinge ordnungsgemäß anzuleiten und den ihm als Ausbilder obliegenden Erziehungsaufgaben nachzukommen.

Das Regierungspräsidium kann im besonderen Interesse der Berufsausbildung oder zur Vermeidung einer unbilligen Härte Personen die Anleitungsbefugnis verleihen, die die Voraussetzungen nach Buchst. b bis d nicht erfüllen.

(3) Die Anleitungsbefugnis kann befristet auf eine Austauschlehre verliehen werden, wenn der Antragsteller die Voraussetzungen nach Abs. 2 Buchst. a und e erfüllt und einen Weinbaubetrieb oder einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Weinbau mindestens zwei Jahre selbständig geführt hat.

(4) Austauschlehrverhältnisse liegen vor, wenn zwei Jugendliche im Rahmen des behördlich überwachten Landjugendaustausches unter Abschluß von Lehrverträgen wechselseitig ihre Plätze bei Eltern oder nahen Verwandten zu Ausbildungszwecken tauschen.

(5) Die auf eine Austauschlehre befristete Verleihung der Anleitungsbefugnis spricht das Landwirtschaftsamt aus.

§ 3

Anerkennung von Lehrbetrieben

(1) Auf Antrag kann ein Weinbaubetrieb oder ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Weinbau auf die Dauer oder befristet als Lehrbetrieb für Weinbau anerkannt werden. Die Anerkennung ist ausgeschlossen, wenn der Antragsteller Lehrlinge entweder nicht halten darf oder nicht anleiten darf und auch keinen anleitungsbefugten Vertreter bestellt hat.

(2) Die Anerkennung als Lehrbetrieb für Weinbau setzt unbeschadet des Abs. 3 voraus, daß der Betrieb

- a) Vollerwerbsbetrieb ist mit einem für die Ausbildung ausreichenden Weinbau,
- b) in seinen Einrichtungen den Unfallverhütungsvorschriften entspricht,
- c) geordnete Sozial-, Arbeits- und Arbeitszeitverhältnisse aufweist,
- d) eine den zeitgemäßen Anforderungen entsprechende Lehrlingsunterbringung ermöglicht,
- e) nach seiner Art und seinen Einrichtungen den neuzeitlichen Anforderungen entspricht und
- f) überdurchschnittlich bewirtschaftet wird.

(3) Ein Betrieb kann befristet auf eine Austauschlehre (§ 2 Abs. 4) als Lehrbetrieb für Weinbau anerkannt werden, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 2 Buchst. a bis d erfüllt sind und die Einrichtungen und der Bewirtschaftungszustand des Betriebs mindestens durchschnittlichen Verhältnissen entsprechen.

(4) Vor der Anerkennung eines Betriebs als Lehrbetrieb für Weinbau wird der Betrieb von einem Gutachterausschuß besichtigt. Der Gutachterausschuß besteht aus dem Beauftragten des Regierungspräsidiums als Vorsitzenden und zwei auf Vorschlag des Weinbauverbandes vom Regierungspräsidium berufenen Personen, die im Beruf des Winzers anleitungsbefugt sind; mindestens ein Ausschußmitglied soll die Meisterprüfung abgelegt haben. Die auf eine Austauschlehre befristete Anerkennung eines Betriebs als Lehrbetrieb für Weinbau spricht das Landwirtschaftsamt aus, nachdem der Betrieb von einem Beauftragten des Amtes besichtigt worden ist.

§ 4

Lehrzeit

(1) Die Lehrzeit soll zusammenhängend in zwei Betrieben abgeleistet werden und möglichst in einem Familienbetrieb beginnen.

(2) Die Lehrzeit wird auf zwei Jahre herabgesetzt für Personen, die bei Eintritt in die Lehre das 18. Lebensjahr vollendet haben oder den zehnjährigen erfolgreichen Besuch einer weiterführenden Schule nachweisen.

(3) Der Lehrvertrag muß auf eine Mindestdauer von sechs Monaten abgeschlossen werden.

§ 5

Anrechnung anderer Tätigkeiten auf die Lehrzeit

(1) Eine Tätigkeit im elterlichen Weinbaubetrieb oder landwirtschaftlichen Betrieb mit Weinbau außerhalb eines Lehr-

verhältnisses wird bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 2 im folgenden Umfang auf die Lehrzeit angerechnet:

- a) bei einer vorgeschriebenen Lehrzeitdauer von drei Jahren bis zu zwei Jahren voll und ein weiteres Jahr zur Hälfte,
- b) bei einer vorgeschriebenen Lehrzeitdauer von zwei Jahren bis zu einem Jahr.

(2) Eine Tätigkeit nach Abs. 1 wird nur dann auf die Lehrzeit angerechnet, wenn spätestens binnen zwei Monaten nach Beginn der Tätigkeit dem Regierungspräsidium Ausbildungsanzeige erstattet wird. Die Ausbildungsanzeige muß enthalten:

- a) die Bezeichnung des Berufs, in welchem die Ausbildung erfolgen soll,
- b) den Beginn und die voraussichtliche Dauer der Tätigkeit im elterlichen Betrieb außerhalb eines Lehrverhältnisses mit Angabe der vorausgegangenen Ausbildungszeiten.

(3) Die Änderung oder vorzeitige Beendigung des Ausbildungsverhältnisses nach Abs. 1 ist dem Regierungspräsidium binnen zwei Wochen anzuzeigen.

(4) Der mindestens einjährige Besuch einer Weinbauschule, bei der die praktische Tätigkeit ein wesentlicher Teil des Ausbildungsganges ist, und der Besuch einer Ackerbauschule oder einer landwirtschaftlichen Berufsfachschule wird zur Hälfte auf die Lehrzeit angerechnet.

(5) Eine in einem anderen landwirtschaftlichen Lehrberuf zurückgelegte Lehrzeit wird, soweit sie ein Jahr übersteigt, auf die Lehrzeit angerechnet, insgesamt jedoch höchstens mit zwei Jahren und bei einer Lehrzeitdauer von zwei Jahren mit einem Jahr.

§ 6

Ausbildung des Lehrlings

(1) Grundlage der Berufsausbildung bildet das Berufsbild (§ 1 Abs. 1). Die dort aufgeführten Fertigkeiten und Kenntnisse sollen dem Lehrling während der Lehrzeit vermittelt werden.

(2) Der Lehrling hat

- a) an den vom Landwirtschaftsamt im Benehmen mit der landwirtschaftlichen Berufsschule veranstalteten Lehrlingstreffen teilzunehmen,
- b) bei dreijähriger Lehrzeitdauer im zweiten Lehrjahr das Tagebuch und im dritten Lehrjahr das Merkbuch zu führen,
- c) bei zweijähriger Lehrzeitdauer im ersten Lehrjahr das Tagebuch und im zweiten Lehrjahr das Merkbuch zu führen,

d) im letzten Lehrjahr ein praktisches Arbeitsvorhaben nach den Richtlinien der Landjugendberatung durchzuführen.

(3) Abs. 1 und 2 gelten entsprechend für Jugendliche, für die nach § 5 Abs. 2 Ausbildungsanzeige erstattet worden ist, mit der Maßgabe, daß der Jugendliche zwei praktische Arbeitsvorhaben durchzuführen hat, wenn er drei Jahre im elterlichen Betrieb tätig ist.

§ 7

Anmeldung zur Gehilfenprüfung

(1) Der Lehrherr oder der Erziehungsberechtigte hat den Lehrling vor Beendigung der Lehrzeit bei dem für den Sitz des Lehrbetriebs oder für den ständigen Wohnsitz des Lehrlings örtlich zuständigen Landwirtschaftsamt unter Benutzung des dafür vorgesehenen Formblatts zur Weinbaugehilfenprüfung anzumelden. Die Anmeldung hat für die Frühjahrsprüfung bis 15. Januar und für die Herbstprüfung bis 15. Juli zu erfolgen.

(2) Der Anmeldung sind beizufügen

- a) ein selbstverfaßter, handgeschriebener Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschriften der Abgangszeugnisse der allgemeinbildenden Schule und der landwirtschaftlichen Berufsschule,
- c) lückenlose Bescheinigungen über die praktische Tätigkeit nach der Schulentlassung,
- d) das Tagebuch und das Merkbuch,
- e) die Unterlagen über durchgeführte Arbeitsvorhaben und
- f) der Nachweis über den Besitz des Führerscheins Klasse 4.

§ 8

Prüfungsausschuß für die Gehilfenprüfung

(1) Dem Prüfungsausschuß für die Gehilfenprüfung gehören an:

- a) der Beauftragte der Prüfungsbehörde als Vorsitzender,
- b) ein vom Oberschulamt benannter Lehrer an einer landwirtschaftlichen Berufsschule,
- c) zwei bis vier im Beruf des Winzers anleitungsbefugte Personen, von denen mindestens die Hälfte Weinbaumeister sein soll, und
- d) ein Weinbaugehilfe.

(2) Die erforderliche Anzahl von Prüfern nach Abs. 1 Buchst. c und d wird auf Vorschlag des Weinbauverbands von der Prüfungsbehörde auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Berufung kann nach Anhörung des Weinbauverbands aus wichtigem Grund zurückgenommen werden.

(3) Die zu Abs. 1 Buchst. c und d berufenen Prüfer werden in je eine Prüferliste aufgenommen, aus der die Prüfungsbehörde die Ausschußmitglieder für die einzelne Prüfung bestimmt. Die Prüfer sollen möglichst gleichmäßig zu den Prüfungen herangezogen werden.

(4) Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ausgeschlossen, wer mit dem Prüfling in gerade Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt ist. Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ferner ein Ausschußmitglied ausgeschlossen, bei dem der Prüfling einen Teil seiner Lehrzeit abgeleistet hat.

(5) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder anwesend sind. Der Ausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 9

Durchführung der Gehilfenprüfung

(1) Die Gehilfenprüfung gliedert sich in einen schriftlichen, einen praktischen und einen mündlichen Teil und erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

- a) praktisches Können,
- b) fachliches Wissen,
- c) staatsbürgerliches und berufsständisches Wissen,
- d) Führung des Tagebuchs und des Merkbuchs, Durchführung von Arbeitsvorhaben.

(2) Die Prüfung darf nicht in einem Betrieb abgenommen werden, in dem der Lehrling einen Teil seiner Lehrzeit abgeleistet hat.

(3) Der Vorsitzende leitet die Prüfung. Er verteilt die Geschäfte unter die Mitglieder des Prüfungsausschusses und achtet darauf, daß die Prüflinge in geeigneter Weise geprüft werden. Vor Beginn der Prüfung sind die Prüflinge über die Folgen von Verstößen gegen die Prüfungsordnung nach § 10 Abs. 2 zu belehren. Die Prüfung ist nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Nach Beendigung der Prüfung ist den Prüflingen das Prüfungsergebnis bekanntzugeben.

(4) Ist ein Prüfling infolge einer dauernden Körperbehinderung nicht in der Lage, einzelne praktische Prüfungsaufgaben zu erledigen, so sind ihm andere gleichwertige Aufgaben zuzuweisen.

(5) Über den Hergang der Prüfung ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der insbesondere die Besetzung des Prüfungsausschusses die Namen der Prüflinge, die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten, die Gesamtnoten sowie die Schlußentscheidungen des Prüfungsausschusses festgehalten werden. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und von mindestens zwei weiteren Mitgliedern zu unterschreiben.

§ 10

Rücktritt und Ausschluß von der Prüfung

(1) Tritt ein Prüfling nach seiner Zulassung ohne Genehmigung der Prüfungsbehörde von der Prüfung zurück, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Die Genehmigung zum Rücktritt wird erteilt, wenn wichtige Gründe vorliegen, insbesondere wenn der Prüfling durch Krankheit an der Ablegung der Prüfung verhindert ist. In diesem Falle kann die Prüfungsbehörde den Prüfling von der Wiederholung eines bereits abgelegten Prüfungsteils befreien.

(2) Prüflinge, die eine auf Täuschung berechnete Handlung begehen oder eine Erklärung bewußt unrichtig abgeben, können von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden. Das gleiche gilt, wenn sich ein Prüfling eines grob ungebührlichen Verhaltens schuldig macht. Über den Ausschluß ist unverzüglich eine Entscheidung des Prüfungsausschusses herbeizuführen. Im Falle des Ausschlusses von der Prüfung gilt diese als nicht bestanden.

§ 11

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Leistungen des Prüflings in den einzelnen Prüfungsgebieten sind in der nachstehenden Abstufung zu bewerten:

Sehr gut	= 1 (eine überragende, vorzügliche Leistung)
Gut	= 2 (eine überdurchschnittliche Leistung)
Befriedigend	= 3 (eine tüchtige Leistung des guten Durchschnitts)
Ausreichend	= 4 (eine im ganzen den Anforderungen entsprechende Leistung)
Mangelhaft	= 5 (eine mit größeren Fehlern behaftete und nicht mehr ausreichende Leistung)
Ungenügend	= 6 (eine völlig unbrauchbare Leistung).

(2) Bei der Ermittlung der Noten für die Prüfungsgebiete nach § 9 Abs. 1 Buchst. b und c ist das Abschlußzeugnis der landwirtschaftlichen Berufsschule angemessen zu berücksichtigen.

(3) Die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten werden mit folgenden Bewertungszahlen vervielfältigt:

a) praktisches Können	4-fach
b) fachliches Wissen	2-fach
c) staatsbürgerliches und berufsständisches Wissen	2-fach
d) Führung des Tagebuchs und des Merkbuchs,
Durchführung von Arbeitsvorhaben	2-fach.

Die Ergebnisse werden zusammengezählt und durch zehn geteilt. Die auf Grund der so ermittelten Zahl unter Anwendung des nachstehenden Schlüssels gebildete Gesamtnote ist die Prüfungsnote:

1,0 – 1,69 = sehr gut	2,50 – 3,29 = befriedigend
1,70 – 2,49 = gut	3,30 – 4,0 = ausreichend

(4) Die Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsnote mindestens ausreichend ist und die Leistungen in keinem Prüfungsgebiet ungenügend und in höchstens einem Prüfungsbereich mangelhaft sind.

§ 12

Prüfungszeugnis, Gehilfenbrief

(1) Mit dem Bestehen der Gehilfenprüfung erwirbt der Prüfling das Recht, die Berufsbezeichnung „Weinbaugehilfe“ oder „Winzergehilfe“ zu führen.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis über die Gesamtnote und über die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten. Das Zeugnis soll von allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet sein.

(3) Auf Grund des Zeugnisses über die bestandene Gehilfenprüfung wird der Gehilfenbrief verliehen.

§ 13

Wiederholung der Prüfung

Prüflinge, die nicht bestanden haben, können die Prüfung frühestens nach einem halben Jahr praktischer Tätigkeit in einem Weinbaubetrieb oder einem landwirtschaftlichen Betrieb mit Weinbau einmal wiederholen. In besonderen Härtefällen kann eine zweite Wiederholung der nichtbestandenen Prüfung von der Prüfungsbehörde gestattet werden, wenn der Prüfungsausschuß der letzten Prüfung dies befürwortet.

§ 14

Fortbildung der Gehilfen

(1) Während der fünfjährigen überwiegend praktischen Tätigkeit in der Landwirtschaft nach § 21 Abs. 1 Buchst. a des Gesetzes (Gehilfenzeit) soll der Gehilfe an den Gehilfenfortbildungstreffen und an einem Kurs einer Bauernschule

(Ländliche Heimvolkshochschule) teilnehmen. Außerdem ist die Teilnahme an berufsfördernden Lehrgängen erwünscht. Erwartet wird eine wenigstens zeitweise Tätigkeit in verantwortlicher Stellung in einem Weinbaubetrieb oder einem landwirtschaftlichen Betrieb mit Weinbau.

(2) Der Gehilfe hat, soweit noch nicht geschehen, eine Weinbauschule oder den Winterlehrgang einer Weinbauschule oder eine landwirtschaftliche Fachschule mit Weinbauunterricht sowie den Meistervorbereitungslehrgang, der sich insgesamt auf höchstens vierzehn Tage erstreckt, zu besuchen.

(3) Sofern der Gehilfe seine Lehrzeit ausschließlich im elterlichen Lehrbetrieb verbracht hat, hat er während der Gehilfenzeit eine mindestens halbjährige praktische Tätigkeit in einem fremden Betrieb abzuleisten.

(4) Der Besuch landwirtschaftlicher Fachschulen und Hochschulen wird bis zu drei Jahren auf die Gehilfenzeit angerechnet.

§ 15

Anmeldung zur Meisterprüfung

(1) Der Gehilfe hat sich bei dem für seinen Beschäftigungs-ort zuständigen Landwirtschaftsamt unter Benutzung des dafür vorgesehenen Formblatts zur Weinbaumeisterprüfung anzumelden. Die Anmeldung hat bis 1. April zu erfolgen.

(2) Der Anmeldung sind beizufügen

- a) ein selbstverfaßter, handgeschriebener Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschriften der Zeugnisse über die Gehilfenprüfung, über einen Fachschul- oder etwaigen Hochschulbesuch sowie über die praktische Tätigkeit nach der Gehilfenprüfung,
- c) Bescheinigungen über die Teilnahme an berufsfördernden Lehrgängen und
- d) ein polizeiliches Führungszeugnis neueren Datums.

§ 16

Prüfungsausschuß für die Meisterprüfung

(1) Dem Prüfungsausschuß für die Meisterprüfung gehören an:

- a) der Beauftragte der Prüfungsbehörde als Vorsitzender,
- b) ein Fachschullehrer und
- c) drei bis vier im Beruf des Winzers anleitungsbefugte Personen, von denen mindestens zwei Weinbaumeister sein sollen.

(2) Die erforderliche Anzahl von Prüfern nach Abs. 1 Buchst. c wird auf Vorschlag des Weinbauverbands von der

Prüfungsbehörde auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Berufung kann nach Anhörung des Weinbauverbands aus wichtigem Grund zurückgenommen werden.

(3) Die zu Abs. 1 Buchst. c berufenen Prüfer werden in eine Prüferliste aufgenommen, aus der die Prüfungsbehörde die Ausschußmitglieder für die einzelne Prüfung bestimmt. Die Prüfer sollen möglichst gleichmäßig zu den Prüfungen herangezogen werden.

(4) Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ausgeschlossen, wer mit dem Prüfling in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt ist. Von der Mitwirkung im Prüfungsausschuß ist ferner ein Ausschußmitglied ausgeschlossen, bei dem der Prüfling in einem Arbeitsverhältnis steht.

(5) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder anwesend sind. Der Ausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 17

Meisteraufgabe

(1) Nach der Anmeldung zur Meisterprüfung wird der Betrieb, in dem der Gehilfe tätig ist, von einem Beauftragten der Prüfungsbehörde und einem anleitungsbefugten Winzer, der dem Meisterprüfungsausschuß angehören soll, besichtigt. Auf Grund der Besichtigung stellt die Prüfungsbehörde in der Zeit vom 1. bis 15. November dem Prüfling eine seinem Wirkungskreis angepaßte schriftliche Meisteraufgabe.

(2) Der Prüfling hat die Meisteraufgabe bis 15. Januar des folgenden Kalenderjahres bei der Prüfungsbehörde einzureichen. Geht die Meisteraufgabe nicht rechtzeitig ein, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Die Prüfungsbehörde erteilt Fristverlängerung, wenn wichtige Gründe vorliegen, insbesondere wenn der Prüfling durch Krankheit an der rechtzeitigen Einreichung der Meisteraufgabe verhindert ist.

(3) Die Meisteraufgabe hat der Prüfling selbständig und ohne fremde Hilfe anzufertigen. Hierüber hat er bei der Einreichung der Meisteraufgabe eine Erklärung abzugeben.

§ 18

Durchführung der Meisterprüfung, Rücktritt und Ausschluß von der Prüfung

(1) Die Meisterprüfung gliedert sich in einen schriftlichen, einen praktischen und einen mündlichen Teil und erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

- a) praktisches Können mit Lehrlingsanleitung,
- b) fachliches Wissen,
- c) staatsbürgerliches, sozialkundliches, berufserzieherisches und berufsständisches Wissen,
- d) Meisteraufgabe.

(2) Der praktische Teil der Prüfung darf nicht in einem Betrieb abgenommen werden, in dem der Prüfling tätig ist oder war.

(3) Prüflinge, die die Meisterprüfung in einem anderen landwirtschaftlichen Lehrberuf bestanden haben, können auf Antrag von gleichgearteten Prüfungsgebieten befreit werden. Für diese Prüfungsgebiete werden die Noten der bestandenen Prüfung übernommen. Entsprechendes gilt für Prüflinge, die die Abschlußprüfung einer landwirtschaftlichen Hochschule, einer Höheren Weinbauschule oder einer Höheren Landbauschule abgelegt haben.

(4) § 9 Abs. 3 bis 5 und § 10 sind anzuwenden.

§ 19

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Bei der Ermittlung der Noten für die in § 18 Abs. 1 Buchst. b und c aufgeführten Prüfungsgebiete ist das Abschlußzeugnis der landwirtschaftlichen Fachschule angemessen zu berücksichtigen.

(2) Die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten werden mit folgenden Bewertungszahlen vervielfältigt:

a) praktisches Können mit Lehrlingsanleitung	4-fach
b) fachliches Wissen	3-fach
c) staatsbürgerliches, sozialkundliches, berufserzieherisches und berufsständisches Wissen	2-fach
d) Meisteraufgabe	1-fach.

(3) § 11 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 und 3 und Abs. 4 sind anzuwenden.

§ 20

Prüfungszeugnis, Meisterbrief

(1) Mit dem Bestehen der Meisterprüfung erwirbt der Prüfling das Recht, die Berufsbezeichnung „Weinbaumeister“ oder „Winzermeister“ zu führen.

(2) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis über die Gesamtnote und über die Noten in den einzelnen Prüfungsgebieten. Das Zeugnis soll von allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet sein.

(3) Auf Grund des Zeugnisses über die bestandene Meisterprüfung wird der Meisterbrief verliehen.

§ 21

Wiederholung der Prüfung

Prüflinge, die nicht bestanden haben, können die Meisterprüfung frühestens nach einem Jahr einmal wiederholen. Die Wiederholung der Meisteraufgabe kann ihnen von der Prüfungsbehörde erlassen werden, sofern diese Aufgabe wenigstens mit der Note ausreichend bewertet worden war.

§ 22

Zusammenfassung von Zuständigkeiten

Die Aufgaben der Regierungspräsidien nach § 22 Abs. 1 des Gesetzes werden für die Regierungsbezirke Nordbaden und Südbaden beim Regierungspräsidium Südbaden, die Aufgaben der Regierungspräsidien nach § 19 Abs. 1 und § 22 Abs. 1 des Gesetzes werden für die Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern beim Regierungspräsidium Nordwürttemberg zusammengefaßt.

§ 23

Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am 1. März 1961 in Kraft.

Stuttgart, den 31. Januar 1961

Leibfried

Anlage zu § 1 Abs. 1**Berufsbild für den Beruf Winzer (Weingärtner)**

Arbeitsgebiete: Weinbau

Kellerwirtschaft

Landwirtschaft

Weinbau- und Landtechnik

Fertigkeiten und Kenntnisse, die in der Lehrzeit zu vermitteln sind:

Neuanlage von Weinbergen. Bodenbearbeitung, Düngung, Rebschnitt, Erziehung von Laubbehandlung. Krankheiten und Schädlinge. Frostschutz. Traubenlese. Wesentliche Einflüsse von Klima, Boden, Rebsorte, Erziehung und Düngung auf Güte und Menge des Ertrags. Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen des Reblausgesetzes und des Saatgutgesetzes.

Gewinnung und Behandlung des Mostes. Ausbau des Weines. Kenntnis der kellerwirtschaftlichen Grundlagen sowie der wichtigsten weingesetzlichen Vorschriften.

Anbau und Pflege der wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Ernte, Lagerung und Verwertung der Erzeugnisse.

Bedienung, Wartung und Pflege der in Weinbaubetrieben gebräuchlichen Maschinen, Geräte und technischen Anlagen. Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften.

Bekanntmachung

**des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg
über die Aufhebung
der „Geh. Hofrat Karl Herrmann-Stiftung“
in Stuttgart**

Vom 26. Januar 1961

Das Regierungspräsidium Nordwürttemberg hat mit Verfügung von heute die „Geh. Hofrat Karl Herrmann-Stiftung“ mit Sitz in Stuttgart (Reg. Bl. 1920 S. 438) wegen rechtlicher und tatsächlicher Unmöglichkeit der Erfüllung des Stiftungszwecks aufgehoben. Zweck der Stiftung war die Unterstützung von kranken oder bedürftigen Mitgliedern des früheren Württ. freiwilligen Sanitärkorps.

Stuttgart, den 26. Januar 1961

In Vertretung
Dr. Heubach